

OHG muss ab 2022 umfangreich saniert werden

17 Millionen Euro sind für das Wieslocher Gymnasium vorgesehen – Zwei Abschnitte sind geplant – Zuschuss vom Land von 2,75 Millionen Euro

Von Hans-Dieter Siegfried

Wiesloch. Der nächste, große Sanierungsfall in Wiesloch in Sachen „Schule“ steht an. So beschäftigt sich der Gemeinderat in seiner kommenden Sitzung am Mittwoch, 27. Oktober (Beginn ist um 17.30 Uhr im Palatin), unter anderem mit dem Ottheinrich-Gymnasium (OHG). Im kommenden Jahr sollen dort dringend notwendige Sanierungen starten, eingeteilt in zwei Bauabschnitte. Für die Gesamtmaßnahme sind dafür mindestens 17,2 Millionen Euro veranschlagt, seitens des Landes Baden-Württemberg fließen 2,75 Millionen Euro als Zuschuss.

„Das ist natürlich nicht viel“, kommentierte Bürgermeister Ludwig Sauer im Gespräch mit der RNZ. Er hofft jedoch, dass im Zusammenhang mit den geplanten, fest installierten Raumbelüftungsanlagen, für die sich der Gemeinderat ausgesprochen hatte, nochmals Gelder fließen könnten. „Das hat mit den jetzt erarbeiteten Plänen jedoch nichts zu tun, vielmehr muss eine solche Förderung getrennt beantragt werden“, fügte er hinzu. Nach dem Neubau der Esther-Bejarano-Gemeinschaftsschule (19 Millionen Euro) und der abgeschlossenen Sanierung der Realschule (zehn Millionen Euro) ist dies eine weitere, große Investition, die Wiesloch bevorsteht.

Die Notwendigkeit einer Gesamtsanierung ist bereits seit längerem im Gespräch, vor allem geht es darum, den Gebäudekomplex wirtschaftlich nutzbar zu erhalten. Kritik seitens der Elternschaft hat in der jüngeren Vergangenheit zugenommen, vor allem im Hinblick auf die energetische Versorgung. Im Sommer zu heiß, in den Wintermonaten zugig und kalt und undichte Stellen im Dach machen die jetzt geplanten Aktivitäten dringend notwendig. Die anstehenden Arbeiten sind gemäß den Planungen in zwei Abschnitte



Am Ottheinrich-Gymnasium in Wiesloch stehen umfangreiche Sanierungsarbeiten an, die sich in mehrere Abschnitte untergliedern. Los gehen soll es schon im Frühjahr 2022. Von den kalkulierten Kosten von mehr als 17 Millionen Euro übernimmt das Land etwa 2,75 Millionen. Foto: Pfeifer

eingeteilt. So soll es, vermutlich im Frühjahr 2022, im sogenannten A- und B-Bau mit der Erneuerung der Fenster losgehen, in Sachen Wärmeverteilung wird der gesamte Komplex komplett erneuert. Darunter fallen neue Heizkörper und unter anderem eine neue Steuer- und Regeltechnik. Außerdem sieht der erste Abschnitt vor, die Chemieräume hinsichtlich der Lüftungsanlagen auf Vordermann zu bringen. Auch die raumlufttechnischen Anlagen sollen eingebaut werden. Für diesen ersten Teilabschnitt, der bis 2024 bearbeitet werden soll, sind acht Millionen eingeplant.

In der zweiten Phase, die nahtlos an den ersten Abschnitt folgen soll, stehen die Fenstererneuerungen im C-Bau und die

Dachsaniierung der sogenannten „Außenlernzone“ an. In diesem Zusammenhang, so ist der Vorlage zu entnehmen, soll geprüft werden, ob Fotovoltaik-Anlagen auf den Dächern installiert werden können. Dies muss allerdings gesondert kalkuliert und die notwendigen Finanzmittel in den Haushalt aufgenommen werden. Der konkrete Sanierungsablauf werde, so die Verwaltung, in stetiger Abstimmung mit der Schulleitung, den Planern und den Firmen vollzogen. Nicht auszuschließen sei, darauf wird ausdrücklich verwiesen, dass es zu Beeinträchtigungen des Schulbetriebs während der Bauarbeiten kommen könnte. Auch sollten Container bereitgestellt werden, um so einen reibungslosen Unterricht zu gewährleisten. Dies

betreffe jedoch nur wenige Klassen. Ziel sei es, die jeweiligen Schritte in enger Absprache mit allen Beteiligten umzusetzen, um so die Einschränkungen auf ein Minimum zu beschränken.

Auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung steht zudem die Ehrung von SPD-Stadtrat Klaus Rothenhöfer, der für 50 Jahre kommunale Tätigkeit ausgezeichnet wird. Auch das Klimaschutzkonzept der Stadt soll verabschiedet werden. Behandelt werden zudem Anträge der Freien Wähler (Bushaltestellen, Umstellung des Öffentlichen Nahverkehrs in der Kernstadt auf kleinere Elektrobusse) sowie die Neufassung der Satzung über die Entschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren.